

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreise:
Einzelnnummer 25 Pf. Durch den Brief 1.40 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat.
Durch die Post: 6.10 Mk. für den Monat.

Verlagsdruckerei: Nr. 22885
„Sozialistischer Verlag, e. V. m. B. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Zeile für 10 Zeilen oder deren Raum 0.90 Mk., ansonsten 0.80 Mk.
Werben und Werbenachrichten, Familiennachrichten, Verträge und Verdingungsverträge 0.40 Mk.
Wettbewerbs: Die Zeilenzeile, bezugslos oder deren Raum im Text 1. — Mk.

Der Metallarbeiterverband in Gefahr.

Vom 13.—15. Januar tagte in Stuttgart eine erweiterte Beiratsitzung des D. M. V., auf der u. a. folgender Beschluß gegen 11 kommunistische und 3 mehrheitssozialistische Stimmen angenommen wurde:

„Der erweiterte Beirat weist auf die wachsende Macht des kapitalistischen Unternehmertums und der Reaktion hin, die umso mehr steigt, als die Arbeiterklasse sich zerteilt und ihre Organisation schwächt.“

Die Befolgung der von der kommunistischen Internationale geforderten Tätigkeit in den Gewerkschaften führt zur Lähmung der Stoßkraft und Aktionsfähigkeit der Organisation, die Beschimpfung und Bekämpfung der eigenen Gewerkschaft mit eiserner Konsequenz zur Spaltung derselben.

Wer solche Schwächung und Zerfegung unseres Verbandes betreibt, erschwert den ohnehin erbitterten Kampf gegen den Kapitalismus und ist deshalb als Schädling des Verbandes zu behandeln.

Der erweiterte Beirat, der sich auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stellt und das Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale in schärfster Weise verurteilt, fordert deshalb vom Vorstand, daß er gegen Mitglieder, welche eine derartige, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder schädigende Tätigkeit ausüben, mit allen statutarisch zulässigen Mitteln vorgeht.

Er erklärt ausdrücklich, daß der Verband seine Aufgabe nur erfüllen kann, wenn er volle Selbständigkeit besitzt, für seine Organe und Funktionäre das Statut und die Beschlüsse des Verbandstages allein bestimmend sind. Funktionär kann nicht sein, wer seine Arbeit im Verband von der Weisung außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Stellen abhängig macht.“

Genossen! Metallarbeiter! Eure Organisation ist in Gefahr! Der erweiterte Beirat Eures Verbandes hat sich von Robert Dismann zu einem Streich verleiten lassen, der nicht die V. K. P. D., wohl aber Euch treffen wird.

Was hat die Dismänner zu diesem nichtswürdigen Attentat auf die Geschlossenheit Eurer Organisation veranlaßt? Es erscheint fast ausgeschlossen, daß die Mehrheit des erweiterten Beirates an die alten Lügen von den Zerfaltungsabsichten der kommunistischen Gewerkschaftler selbst glaubt. Aber selbst wenn ein Teil im guten Glauben der Demagogie Robert Dismanns zum Opfer fiel, Robert Dismann und seine Handlanger wissen, daß es Lüge ist, wenn sie sagen, die kommunistische Tätigkeit schwäche die Stoßkraft der Gewerkschaften. Sie wissen, daß sie lügen, schamlos und frech lügen, wenn sie sagen, unsere Arbeit führe zur Spaltung der Gewerkschaften.

Weshalb diese dreisten Lügen, weshalb das Ausnahmegefeß gegen Kommunisten? Aus purer Angst vor dem wachsenden Einfluß der Kommunisten, der in nicht allzu ferner Zeit der Dismannschen Herrlichkeit ein Ende bereiten wird, um sich und den Seinen eine wankende Position zu sichern. Deswegen und nur deswegen ist Robert Dismann drauf und dran, den Metallarbeiterverband zu spalten, einen kassierenden Rest in die Organisation von mehr als 1 1/2 Millionen Metallarbeiter zu reißen.

Genossen! Metallarbeiter! Eure Sache steht auf dem Spiel. Um eure Interessen handelt es sich. Erhebt eimütig eure Stimme, rettet die Einheit Eurer Organisation vor dem Herostreik der Dismann und Konsorten.

Schließt Euch zu einer unerschütterlichen Kampffront zusammen. Bekämpft sie ohne Erbarmen, die in dieser konfliktswangeren Zeit mit der Einheit des Proletariats ein so freventliches Spiel treiben.

Zersplitterung des Proletariats.

Erweiterte Beiratsitzung des Metallarbeiterverbandes.

Die Stuttgarter Metallarbeiter haben zuerst aus der gegenwärtigen Lage die notwendigen Folgerungen gezogen und den Hauptvorstand ihrer Organisation aufgefordert, mit allem Ernst für eine geschlossene Angriffslinie des Gesamtproletariats beim ADGB zu dringen. Millionen, darunter hunderttausende Metallarbeiter haben den Grundgedanken der Stuttgarter Kollegen aufgenommen und den Kampfruf weitergegeben. Aus allen Teilen des Reichs liegen unzählige Willenskundgebungen vor. Denn das, was Hunderttausende vom Vorstand des DMB verlangten, ihnen ist in der vorigen Woche vom erweiterten Beirat des DMB eine Antwort zuteil geworden. Hier ist sie:

„Der erweiterte Beirat stimmt den im Referat des Kollegen Dismann niedergelegten Grundgedanken gewerkschaftlicher Aufgaben zu und begrüßt die Bemühungen des Vorstandes, um die Auffassung und Gewerkschaftspolitik im ADGB Geltung zu verschaffen. Die Folgewirkungen des Weltkrieges, Lenzung, Wirtschaftskrise und wirtschaftliche Anarchie treffen das arbeitende Volk aufs Schwerste. Die Reaktion erhebt ihre Haupt. Die bürgerlichen Parteien und Regierungen sind weder fähig noch willens, kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft entgegenzuwirken. Das ist die Aufgabe der Arbeiterklasse. Die politische Kampffront des Proletariats ist leider zerfallen. Eine Einheitsfront bilden die freien Gewerkschaften. Der ADGB hat die Aufgabe, den Forderungen und Rechten der in ihm vereinigten 8 Millionen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung zu verschaffen. In geschlossener Kampffront, in planmäßigem, zielklarem Vorgehen und Handeln ist auf die Befreiung wie auf die Besserstellung der wirtschaftlich-politischen Zustände im Interesse der Arbeiterklasse einzuzwirken. Die Einrichtungen und Tätigkeit der Gewerkschaften sind im Besonderen auf die wirtschaftliche Umwälzung vom Kapitalismus zur sozialistischen Wirtschaft einzusetzen. In diesem Sinne können wir auch der geplanten Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. zu. Die Gewerkschaften können ihre Aufgaben jedoch nur in geschlossener, einheitlicher Front erfüllen, ebenso wie ihre Aktionen, ihr Arbeiten und Handeln der planmäßigen Vorbereitung bedarf.“

Diese Voraussetzungen erfüllen die in letzter Zeit in Arbeiterkreise hineingeworfenen Forderungen nicht. Das gilt von den gesamten fünf Stuttgarter Forderungen und dem Rundschreiben der früheren Berliner Ortsverwaltung des DMB u. a. Entstehung und Propagierung dieser „Parolen“ lassen in ihren Begleiterscheinungen allzusehr das engere Parteibedürfnis erkennen. Letzteres zu befriedigen, das kann natürlich nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein. Soweit die genannten Forderungen zurzeit realisierbar sind, sind wir auch seither mit allem Nachdruck dafür eingetreten. Das wird auch ferner geschehen. Da bedarf es weder der tödlichen Angriffe noch der Beschimpfungen von den Stellen, die diese Forderungen propagieren. Das haben wir im besonderen gegenüber den Arbeitslosen hervor, für deren Unterbringung, Wiederbeschäftigung usw. die Gewerkschaften stets eingetreten sind, sobald das möglich war. Werden jedoch heute im Reich schwerer Wirtschaftskrise „Aktionen“ usw. zur vollen Produktion“ verlangt, so bedeutet dieses entweder eine völlige Unkenntnis der Zusammenhänge unserer Wirtschaft, eine Verleumdung der gegenwärtigen realen Sachverhältnisse oder aber eine gewissenlose, unverantwortliche Agitation unter Ausnützung der Not und des Elends der Arbeitslosen, die auf schärfste gebremst werden muß. Wer sich Sozialist nennt, muß wissen, daß die Wirtschaftskrisen untrennbar zusammenhängen mit dem kapitalistischen System und daß das Arbeitslosenproblem keine definitive Lösung erst finden wird mit der Bewirtlichung des Sozialismus. „Aktionen“ zur Erzwingung der vollen Produktion usw. nach den vorgefertigten Rezepten inzwiewein, heißt dem organisierten Unternehmertum in Zeiten der Krise in die Hände zu arbeiten. Zum Schaden der Arbeiter selbst. Das zeigen nur zu deutlich die bisherigen Erfahrungen. Der in jüngster Zeit von der SPD. mit befristetem Ultimatum (Antwort bis 13. 1. 1921) zur Aktion an die Gewerkschaften und politischen Parteien ergangener Aufruf kennzeichnet sich selbst. Eine Partei, die im gleichen Augenblick „zur gemeinsamen Aktion“ aufruft, in der sie triumphiert über jede ihr geungene Spaltung in den Reihen des internationalen Proletariats, eine Partei, die die Amsterdamer Gewerkschaften als gelb beschimpft und die Einheit und Schlagkraft der Gewerkschaften aufs Schwerste bedroht, kann mit ihrem neuen Appell zur „gemeinsamen Aktion“ und „Einheitsfront“ nicht ernst genommen werden. Der erweiterte Beirat fordert die Mitglieder des Verbandes auf, die Organisation in ihren Bestrebungen und die Interessen des gesamten Proletariats mit allen Kräften zu unterstützen, wie andererseits jeden Versuch aufs Schärfste zurückzuweisen, der die Arbeiter in planlose Zwische, wilde Aktionen usw. hineinzutreiben versucht, die geschlossene Kampffront der Gewerkschaften zerstört und damit die Arbeiterinteressen aufs Schwerste schädigt.“

Diese Resolution, die gegen 11 kommunistische Stimmen zum Beschluß erhoben wurde, ist ein Meisterstück Dismannscher Demagogie. Da ist einleitend davon die Rede, daß die Reaktion ihr Haupt erhebt, die bürgerlichen Parteien und die Regierung weher fähig noch willens sind, der kapitalistischen Herrschaft und Ausbeutung entgegenzutreten. Das sei Aufgabe der Arbeiterklasse, dann ein heuchlerisches Gebahren über die Zerrissenheit des Proletariats und die starke Betonung der Notwendigkeit einer einheitlichen, geschlossenen Kampffront des Proletariats.

Das ist die auf Stimpffang berechnete Theorie. In der Praxis schauts anders aus. Hier, wo nicht mit billigen Redensarten auszuwimmeln war, wo es galt, dem Verlangen der Stuttgarter Metallarbeiter, zu dem Brief

Der Verrat an den Eisenbahnern.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, der größte der im Sechzehner-Ausschuß vertretenen Organisationen hatte am 18. Januar seinen erweiterten Vorstand erneut nach Berlin gerufen. Nach einem umfassenden Bericht des Sechzehner-Ausschusses über den Gang der Verhandlungen und über die großen Schwierigkeiten, die neue Verhandlungen zur Unmöglichkeit machen, wurde beschlossen, ohne Diskussion in geheimer Abstimmung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen. Von den 74 abgegebenen Stimmen waren 51 für die Annahme der im Verhandlungswege erzielten Zugeständnisse, 20 für Streik, 3 Zettel waren unbeschrieben. Damit ist die Entscheidung gegen den Streik gefallen.

All das Mundspitzen war also nichts als purer Schein. Nun wo sie pfeifen sollen, da denken sie nur an den Schaden, den ein Streik dem kapitalistischen Staate zufügen würde. Aber nicht an die hungrigen Mäuler der Kinder ihrer Mitglieder. Lieber Hunger und Elend den Eisenbahnern, wenn dadurch nur der Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgehalten wird. Noch haben die Mitglieder der Organisationen ja schließlich selbst ein Wort über ihr Schicksal mitzurufen. Können die Eisenbahner sich in Zukunft vor einer am Proletariat verbrecherisch auswirkenden Politik bewahren, dann müssen sie den Kampf gegen diese Führer aus dem Amsterdamer Lager und für Moskau aufnehmen.

170 000 Eisenbahner müssen verschwinden.

„Es ist auch endlich an der Zeit, daß die überflüssigen Beamten, die bei der Eisenbahn allein auf 100 000, bei der Post auf 50-70 000 berechnet werden, verschwinden.“

Mit jüdischer Frechheit hat der Sozialdemokrat August Müller in der kommunistischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ diesen Satz geschrieben. 170 000 Eisenbahner und Postbeamte sollen „verschwinden“. Sie mögen verrecken. Der kapitalistische Staat kann jedenfalls nicht mehr für sie sorgen. Das haben die Eisenbahner nach einem faulen Kompromiß zu erwarten. Ihre 170 000 müssen verschwinden und was bleibt, muß verhungern. Geschlossen müssen sie auch weiter kampfbereit stehen, um sich das erforderliche Mitbestimmungsrecht und das zum Leben notwendige Einkommen zu sichern.

Internationale.

Schaffung einer roten Internationale der Seeleute.

„Ergotikon Agon“, das Organ der griechischen Sozialisten, veröffentlicht einen Aufruf des Verbandes der australischen Seeleute, worin die Seeleute aller Länder aufgefordert werden, sich in einer internationalen kommunistischen Vereinigung zusammenzufinden. Zur Gründung einer solchen Vereinigung soll ein internationaler Seemannskongreß stattfinden.

Die Einigung des französischen Proletariats auf kommunistischer Grundlage.

Immer neue Organisationen der französischen Sozialdemokratischen Partei beschließen einstimmig, auf dem Boden der kommunistischen Internationale zusammen zu bleiben. In diesem Sinne haben u. a. die Organisationen von Saint-Duen, Choisy le Roi und Drancy Beschlüsse gefaßt.

Gewaltstreik der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei.

Der Sozialdemokratische Reichsausschuß hat statutenwidrig die Reichsberger Kreisorganisation und den „Vorwärts“ wegen ihres Bekenntnisses zum Kommunismus aus der Partei ausgeschlossen. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagess wurde von den reformistischen Herrschaften abgelehnt. Die Rechte will in Reichsberg ein neues Blatt und eine eigene Organisation gründen. — Auch dieser Streik wird nur die Klärung in der Tschechoslowakei beschleunigen und die Verachtung der revolutionären Arbeiter für die Sozialverräter steigern.

Italienischer Handelsverkehr mit Sowjetrußland.

Die Handelsbeziehungen zwischen Italien und Rußland sind bereits in zutem Gange. Es sind Lieferungsverträge über Automobile und andere Waren abgeschlossen worden, die in nächster Zeit aus Italien nach Sowjetrußland exportiert werden sollen. Die fahrende Bank Italo-Russe, Banca Commerciale Italiana, hat Kredite eröffnet, um die Geschäftsverbindungen zwischen Italien und Rußland zu erleichtern.

ber SPD. Stellung zu nehmen, hier offenbart sich, daß die ganze Einleitung nur geschrieben ist, um zu verhallen, daß die Dismann und Genossen in der Praxis gegen die Aufrechterhaltung einer geschlossenen, einheitlichen Front kämpfen. Wir können uns eine Würdigung des albernem Einwandens schenken, daß die Stuttgarter Forderungen „allzu sehr das enge Parteibedürfnis erkennen lassen“. Das erübrigt sich, weil die von uns durch Fettdruck hervorgehobenen Stellen eine so durch und durch opportunistische, konterrevolutionäre Einstellung offenbaren, daß man ohne weiteres begreift, warum die Dismänner allerlei Winkelzüge machen. Der volle Produktionsverlangt, ist nach der Resolution „gewissenlos“ und „unverantwortlich“. Und wer Sozialist ist, muß wissen, daß das Arbeitslosenproblem erst mit Verwirklichung des Sozialismus gelöst werden kann, sagt Dismann, und glaubt damit etwas gegen die Kommunisten gesagt zu haben. In Wahrheit klagte er mit dieser sehr richtigen Feststellung sich selbst, die U.S.P. und S.P.D. an.

Wir Kommunisten haben es doch immer wieder dem Proletariat gesagt, daß heute der Kampf um den Sozialismus das Zentralproblem aller Einzelkämpfe ist. Sozialismus oder Untergang in der Barbarei, so ist die Frage unausweichlich gestellt, heißt es im Spartakusprogramm. Ja, Herr Dismann, Sie haben recht. Der Kapitalismus kann die volle Produktion nicht aufnehmen. Sie haben recht, in der kapitalistischen Gesellschaft kann den Arbeitslosen nicht geholfen werden.

Aber Sie haben unrecht, Sie und Ihre Freunde, wenn Sie den Arbeitslosen, den hungernden und verzweifelten Proletariats nichts anderes zu sagen wissen. Und Sie begehren ein Verbündeten am Proletariat, wenn Sie ihm verheimlichen, daß es kämpfen und Opfer bringen muß, um den Sozialismus, der allein Erlösung aus kapitalistischer Qual, aus kapitalistischem Elend, bringen kann. Indem Herr Dismann, statt zum Kampf gegen den Kapitalismus aufzufordern, den Kampf gegen die Todfeinde des Kapitalismus proklamiert, gesellt er sich zu den Totengräbern des Proletariats.

Die Dismänner, sie sehen klar, daß die bisherige gewerkschaftliche Tätigkeit nicht mehr ausreicht. Sie wissen, daß kein anderer Ausweg ist als der Sozialismus. Aber sie sind zu feige, um den Sozialismus zu kämpfen. Sie fürchten den Kampf, wo es für das Proletariat gilt, alles zu wagen, um alles zu gewinnen, wie der Teufel das Weihwasser. Diese Feigheit, diese Angst vor der Generalauseinandersetzung mit der Bourgeoisie ist es, die der Hege gegen die Kommunisten zugrunde liegt. Und weil das Proletariat diesen Kampf kämpfen muß, will es anders nicht zugrundegehen, deshalb muß es zu allererst aufräumen mit denen, die ihm hindernd im Wege stehen. Deshalb müssen die Metallarbeiter die Dismänner und alle die, die der Einheitsfront im revolutionären Kampf im Wege stehen, zum Teufel jagen und über ihre Köpfe hinweg sich zum Kampf gegen Hunger und Not zusammenfinden.

Politische Uebersicht.

40 Millionen für den Streikbruch und eine halbe Million gegen Säuglingssterblichkeit.

Im Hauptauschuß des Reichstages beschäftigte man sich unter anderem auch mit der Streikbrecherorganisation „Technische Rothhilfe“. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei Geißler stellt fest, daß nicht alle Gewerkschaften Gegner der Technischen Rothhilfe seien. Der Nationalverband Deutscher Gewerkschaften und wohl auch die Kirche und die Christen waren für Beibehaltung derselben und der Reichsminister Koch nahm die Technische Rothhilfe gegen den Vorwurf Streikbrecherorganisation in Schutz, man könne ihrer noch nicht entbehren, da die Gewerkschaften nach Severing noch nicht so weit seien, daß sie die Aufgaben der „Technischen Rothhilfe“ übernehmen könnten. Der ehemalige rechtssozialistische Reichskanzler Hermann Müller sagte, seine Partei lehne den Tag herbei, an dem die Technische Rothhilfe zu entbehren sei.

Dann wurde für den organisierten Streikbruch das alte Stimmchen von 40 Millionen, 25 Millionen für Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen, und 15 Millionen zur Durchführung der „Rothhilfe“ glatt bewilligt!

Kommunisten und Unabhängige stimmten gegen die Bewilligung. Die Rechtssozialisten enthielten sich der Stimme. Für die Anstalt der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hatte der Hauptauschuß nur eine halbe Million Mark übrig!

So wird die Hilfsaktion der heutigen Gesellschaft unter der millionenverschlingenden Plakatierung „Kinder in Not“ am besten charakterisiert!

Für den organisierten Streikbruch 40 Millionen, für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit eine halbe Million! Das mögen sich unsere Genossen allerorten für den kommenden Preussenvahlkampf einprägen!

Reichsgründungsfeiern als Wehpropaganda.

Die Reichsgründungsfeiern sollen wieder schwarz-weiß-rot werden, so verlangen es die Deutschmonarchisten und die Deutsche Volkspartei. Selbst die „Berliner Tageblatt“-Demokraten versuchen sich mit dem Farbenwechsel abzugeben, nur die „Frankfurter Zeitung“ wagt vor dieser fleischlichen Velleitensfrage, man habe zurzeit Müdigeres zum Anbieten zu tun. In der Berliner nationalsozialistischen Presse erschien aber gestern die Aufforderung: Zur Reichsgründungsfeier schwarz-weiß-rote Fahnen herans! Aber nirgends war man am Vortag dieser Aufforderung nachgekommen. Der monarchistisch-byzantinische „Band der Anrechte“ hat zu den Preussenvahlern eine Kundgebung erlassen, die mit den Worten schließt: „Wir wollen den König von Preußen wiederhaben! Niemals werden wir die allpreussische Lösung aufgeben: Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!“

Offenbar richtet sich der Schlußsatz gegen die „Kreuzzeitung“, die am Tage nach der Revolution die Worte

„Mit Gott für König und Vaterland“ vom Reichstag angestrichelt entfernte und gegen den Grafen als Leitartikel des Blattes diese Maßnahme guthieß und den Reichstag verteidigte. Ueberhaupt ist man in den letzten Tagen eifrig bemüht, einen Gegensatz zwischen Herzog und Graf Westarp aus der Welt zu schwandeln.

Der Verein deutscher Studenten hatte am Sonntag in Berlin mit der Reichsgründungsfeier sein 40jähriges Stiftungsfest abgehalten. Der Vorsitzende sagte in seiner Begrüßungsansprache unter anderem:

„Mit Gott für Kaiser und Reich ist immer der Wahlspruch des Vereins gewesen; er drückt heute nur noch eine unerfüllte Sehnsucht aus. Aber Zeit seines Bestehens wird der Verein an dem Motto festhalten: Allezeit treu bereit für des Reiches Herrlichkeit!“

Der Festredner, Geheimrat Seeburg, sagte unter anderem: „In unserem Volke gibt es jetzt zwei Welten: die der Idealisten und die der Sozialisten. Echter Sozialismus ist urdeutsch. Marxismus ist Vetrug, nur erweiterter Individual-Egoismus. Wir kämpfen heute um den Sozialismus gegen die Sozialdemokratie. Die Klasse ist diesen Leuten alles, möge das Volk auch darüber zugrunde gehen.“

Auch der Nationalverband deutscher Offiziere hielt eine Preussenerfeier mit dem Verband national gesinnter Soldaten ab, an der Oberstleutnant Solger in seiner Festrede der kranken Kaiserin gedachte und den Anbruch der großen Zeit in Aussicht stellte. Es gelte den großen nationalen Staat zu schaffen, der weit über die Grenzen von 1914 hinausgehe und der alles umfasse, was in Europa deutsch spreche. „Dieser Staat“, so erklärte der Redner, „kann nur ein Kaiserstaat sein. Nicht auf Trümmern, sondern auf den Schultern Preußens müsse Deutschland wieder aufgebaut werden. Der kommende deutsche Kaiser kann nur ein Hohenzoller sein“. Nach ihm sprach der alldeutsche Professor Roethe. Er beschimpfte die Berliner Bevölkerung und richtete eine scharfe Kampfanfrage gegen den Parlamentarismus. Er müsse bis auf den letzten Rest beseitigt werden.

Reichspräsident Ebert erließ mit dem Reichskanzler Fehrenbach eine Kundgebung, die den Zusammenschluß der stammverwandten Lande ruft und dann fortfährt:

„Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten und zu festigen, muß unser aller fester Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen mehr als gut ist, trennen, in einem sind wir alle einig: Grenzen sollen uns nicht trennen, die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.“

Der frühere Oberpräsident von Ostpreußen, der ehemalige Rechtssozialist August Winnig, hat in seiner ostpreussischen Wochenchrift „Morgen“ einen Artikel „Der deutsche Tag“ veröffentlicht, in dem es am Schluß vom „nationalen Feiertag“ heißt:

„Wir wollen uns nicht hinter einer glücklicheren und ruhmvolleren Vergangenheit verstecken, um Unglück und Schmach der Gegenwart nicht zu sehen, aber wir wollen die Zuversicht aus der Vergangenheit schöpfen, daß auch aus dieser Tiefe ein Weg zur Höhe führt — wenn wir wollen.“

Es sind gewiß diese Kundgebungen zur nationalen Stimmungsmache für die Preussenvahlen nicht tragisch zu nehmen, aber sie müssen uns zeigen, wohin die Fahrt gehen soll. Die Preussenvahlen müssen den nationalsozialistischen Königs-machern und ihrem Anhang das Spiel ganz gehörig verderben.

Die bayerischen Einwohnerwehren organisieren sich illegal.

Die bayerische Einwohnerwehr richtet sich schon darauf ein, illegal weiter zu bestehen, wenn sie verboten werden sollte. Verschiedene Blätter bringen Meldungen über eine Verbindung der bayerischen Einwohnerwehr mit dem sogenannten Jungdeutschen Orden, der illegalen heijßigen Organisation der Orgelei. Dieser „Jungdeutsche Orden“ soll 80 000 Mitglieder umfassen. Die Zeitung des „Jungdeutschen Ordens“ wird in München gedruckt.

Das alles nennt sich „Entwaffnung“!

Wann die Sozialdemokraten für die Entwaffnung sind . . .

Die Chemnitzer Arbeiterschaft besitzt in der Ortswehr, die zum großen Teil aus Proletariats besteht, ein wirksames Instrument zur Abwehr der Gegenrevolution, die öffentlich und heimlich, das bestreben nicht einmal mehr die Sozialpatristen, zum Vorschlagel zu rufen. Unsere Genossen hatten in der Chemnitzer Stadtkonferenz deshalb folgenden Antrag gestellt:

„Das Stadtverordnetenkollegium wolle beschließen, den Rat der Stadt aufzufordern, die am Dienstag, den 11. Januar 1921, veröffentlichte Aufforderung an den Ortschuß zur Waffenabgabe zurückzunehmen und die Entwaffnung des Ortschußes einzustellen, bereits entwaffnete Mitglieder wieder zu bewaffnen. Der Ortschuß ist der einzige Faktor der Bürgerschaft, der den Gefahren eines konterrevolutionären Putschs der bewaffneten Orgelei entgegengetreten werden kann.“

Dieser Antrag wurde von den Rechtssozialisten, im heijßigen Verein mit allen Bürgerlichen, wiedergebilligt. So handeln die Rechtssozialisten . . .

Die Politik der Regierung.

Der Reichsminister des Innern, Herr Koch, hat sich im Hauptauschuß des Reichstags bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministers für Ueberwachung der öffentlichen Ordnung, also des obersten Spitzels, etwas über die Politik der Regierung geäußert.

Der Unabhängige Reichspräsident hat dem Minister vorgeworfen, er gehe allzu einseitig gegen links vor. Das antwortet der Minister?

Die Regierung kämpft gegen die größte Gefahr. Das seien jetzt die Kommunisten. Beweis: Die „Rote Fahne“. Wenn Breitscheid meint, das seien nur theoretische Erörterungen, so sei ihm darauf erwidert, daß sein Parteigenosse Ledebour von dem Bestehen kommunistischer „Mörderzentralen“ gesprochen habe.

Ledebour ist also der Kronzeuge des Herrn Ministers, der nach dem Ruhme Moskes dürstet. Der friedliche Breitscheid kann sich nicht anders helfen, als daß er den Klassenkampf des Proletariats zu einem „theoretischen“ macht, d. h., ihn aus der Wirklichkeit verbannt.

Doch der Herr Minister sagt noch andere interessante Dinge. Warum er nicht gegen den Hochverrat Ludendorffs vorgehe? Ei, Ludendorff habe sich doch selbst dementiert. Der Herr Minister ist also so abhängig vom Ludendorff, daß sein Wort für ihn heilig ist.

Warum die Regierung nicht gegen den General Bischoff, dem Komplizen des Obersten Bauer, vorgehe? Er werde einer „gewissen“ Beobachtung unterzogen. Auf deutsch gesagt: er wird von der Regierung oder ihren Organen unterzogen.

Warum man in Halle die Delegierten photographiert habe? Die Regierung habe das größte Interesse daran, die Personen kennen zu lernen, die den gewalttätigen Umsturz betreiben. Auf deutsch gesagt: die Regierung läßt ihre Spitzel los, damit der nächste Vogel und der nächste Klunge leichtere Arbeit haben.

Aber Herr Severing gehe doch auch gegen die Orgelei vor? Das ist doch eine sehr gesunde Arbeitsteilung, ruft der Herr Minister Koch. Auf deutsch: Severing macht mit seinen Orgeleisverboten den Arbeitern blauen Dunst vor den Augen und Koch läßt die Orgelei auf die Arbeiter los.

Das ist die Politik der Regierung. Sie teilt ihre Arbeit mit den Mehrheitssozialisten. Sie benutzt die Unabhängigen als Kronzeugen, um einen neuen Feldzug gegen die Kommunisten vorzubereiten, um den Ludendorff und Bauer, der Orgelei, Gelegenheit zum Vorschlagen zu geben. Die Regierung ist ganz der Knecht und der Lakai der Orgelei. Sie hat nicht einmal die Selbstständigkeit der Phrase bewahrt. Sie plappert gedankenlos die Schlagworte der Orgelei nach.

Und die Mehrheitler und Unabhängigen? Sie, die es ablehnen, eine proletarische Arbeitsgemeinschaft zu bilden, leisten freiwillig Arbeit für die Regierung und Orgelei.

So wird die Saat bereitet, die die Orgelei ernten soll — die Regierung selbst wirft eineinviertel Milliarden für ihren Spitzelkommissar aus.

Die Konterrevolution und ihre Regierung rüsten zum weißen Terror — wo bleibt das Proletariat?

Ausland.

Zum Frieden mit Polen.

Warschau, 15. Januar 1921. „Kosta Wien.“ Trotz der besonders in den baltischen Ländern verbreiteten Gerüchten über eine zu erwartende Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Polen und Sowjetrußland, erwartet man in Warschau einen günstigen Ausgang der Rigaer Friedensverhandlungen. Der Abschluß des Friedens wird für Ende Januar erwartet.

Die Mishandlungen der russischen Kriegsgefangenen durch die Polen.

Riga, 15. Januar. „Kosta Wien.“ Vergangenen Abend fandte Joffe an Dombshy eine Note, in der er ausführt, daß, obgleich die polnische Delegation bereits versprochen habe, Maßnahmen für die Verbesserung der Lebensbedingungen der russischen und ukrainischen Kriegsgefangenen und Internierten zu ergreifen, tatsächlich keine wirkungsvollen Maßregeln getroffen wurden. Joffe sagt, daß die Kriegsgefangenenlager zum Leben völlig ungeeignet und unpassend sind. Es gibt weder Betten, noch Kleidung, noch Schuhwerk, noch Arzneien. Dies wird durch die Warschauer Sektion der Christlichen Vereinigung amerikanischer junger Männer bestätigt. Die für die Gefangenen festgesetzten Rationen stehen nur auf dem Papier. Verwundete werden lange Zeit ohne ärztliche Hilfe gelassen, so daß in offenen Wunden sich Mikroben bilden. Viele Leute erfrieren. Diese unmenschlichen Verhältnisse haben zahlreiche Todesfälle im Gefolge, deren Prozentsatz schrecklich groß ist. Die Epidemiegefahren sind insoweit bedeutend. Außerdem sind auch viele Granatmörser zu verzeichnen. Die Lemberger Zeitung „Porob“ vom 2. Dezember berichtet, daß 45 Mann an einem Tag den Erfrierungstod erlitten. Die Kriegsgefangenen werden mit Drähten, wie sie für elektrische Zwecke dienen, geschlagen. Kommunisten und jüdische Soldaten werden noch weit schlechter behandelt. Alle diese schrecklichen Vorkommnisse werden in der polnischen Presse unter Protest gegen solche Grausamkeiten wiedergegeben. Angesichts dessen erklärt die Note, daß die Arbeiter- und Bauernregierungen Rußlands und der Ukraine eine solche Behandlung ihrer Bürger nicht dulden können und kategorisch auf der unverzüglichen Aenderung der Behandlung bestehen. Sie verlangen insbesondere, daß für solche Handlungen verantwortliche Beamte zur Verantwortung gezogen werden. Sie warnen die polnische Regierung, daß sie, wenn diese nicht die nötigen Maßnahmen ergreife, zu Repressalien gegenüber polnischen Kriegsgefangenen in Rußland und in der Ukraine zu greifen genötigt sein werden.

Die Lage in Konstantinopel.

Konstantinopel, 14. Januar 1921. „Kosta Wien.“ Die telegraphische Verbindung zwischen Konstantinopel und Angara ist wieder hergestellt. Die Okkupationsstruppen bemühen sich Konstantinopel völlig zu isolieren. Aber trotzdem bleibt der Waffenhandlung. Da die Behörden keine Erlaubnis zu einer Reise nach Kleinasien geben, so verlassen viele heimlich die Stadt und fliehen nach Angara, um sich Kemal Pascha zur Verfügung zu stellen.

Das französische und englische Proletariat für den Gedanken der Betriebsbesetzung.

In Wien fand kürzlich eine große Versammlung der arbeitslosen Textilarbeiter statt. Es wurde dort eine Resolution angenommen, in der die Versammelten den festen Willen kundtaten, der Produktionsfabrik der Unternehmer eine einheitliche Aktion des Proletariats entgegenzusetzen. Das Recht des Proletariats zu leben steht über allen gesetzlichen Bestimmungen. Nach dem Beispiel der italienischen Metallarbeiter, welche die Fabriken besetzten, würden auch die französischen Arbeiter verfahren. Im Anschluß an diese Resolution veröffentlicht A. Guillet in „La Vie Ouvrière“, dem Organ der revolutionären Gewerkschaften Frankreichs, einen Artikel, der ebenfalls aufs entschiedenste für eine Betriebsbesetzung eintritt. Der Verfasser weist auf die Arbeitslosigkeit und auf das Elend besonders in Wien hin. Die Stadtverwaltung leistet dort den Arbeitslosen keinerlei Hilfe. Der Kapitalismus kann die Arbeitslosen nicht überwinden, und diese Krise selbst ist der Vorbote des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft. Was sollen die Arbeiter aber demgegenüber tun? Sollen sie zulassen, daß die Fabriken geschlossen werden? Das können wir nicht, sondern wenn die Unternehmer die Betriebe schließen, müssen wir sie wieder öffnen und besetzen, „Besetzung der Betriebe“, das ist der Kampf des Klassenkrieges, das ist unser Protest und unsere revolutionäre Propaganda. Es ist klar, daß Versammlungen nichts helfen können, nur durch Handlungen können wir den Massen die große Idee der Expropriation einflößen.

Ähnliche Stimmungen machen sich auch in England, angefaßt von der ungeheuren Wirtschaftskrise, von Tag zu Tag stärker geltend. So haben die Londoner Metallarbeiter kürzlich beschlossen, daß der Aktionsausschuß der englischen Arbeiterschaft zu einer Besetzung der Betriebe auffordern möge. Mit Ungebuld erwartet das englische Proletariat den 27. Januar, an welchem Tage die Arbeiterpartei eine große Konferenz über die Arbeitslosenfrage abhalten will. Es wird darauf ankommen, einen wie starken Druck die Massen auf ihre schwankenden Führer ausüben werden. Aber soviel ist bereits klar, daß die englischen Arbeiter, im Falle die Führer versagen, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen werden.

== Kapitalistische Wirtschaft. ==

Die Stinnesierung.

Auch die Firma Krupp will hinter Stinnes nicht zurückbleiben und benutzt die gewaltigen Riesenprofite, die ihr auch im letzten Geschäftsjahr wieder zugeflossen sind, wie schon früher zu einer Erweiterung ihres Riesenunternehmens. Nachdem sie erst kürzlich eine Anzahl von Kohlenzechen neu unter ihre Kontrolle gebracht, unter anderem eine der bedeutendsten Ruhrgruben, die Zeche „Konstantin der Große“, mit der sie eine langfristige Interessengemeinschaft eingegangen, wird jetzt gemeldet, daß sie sich auch für die Rheinische Braunkohlenindustrie zu interessieren beginnt. Die Verhandlungen mit einigen größeren linksrheinischen Gruben stehen bereits vor dem Abschluß.

Der gesamte Kohlenbergbau, der schon jetzt zum Hauptteil von den Montantrusts kontrolliert wird, dürfte bald nur noch ein Anhängel der Rheinisch-Westfälischen Industriemagnaten sein. Außer der Grobblei-Industrie beherrschen sie dann auch die Grundlage aller Produktion, die Kohle. Der Effekt ist die Auslieferung der gesamten deutschen Wirtschaft an ihre Gnade und ein restloser Ausbau der Monopolstellung, die sie schon jetzt besitzen. Rücksichtsloseste Preisdiktatur ist ihr Ziel, das sie bald erreicht haben und die Allgemeinheit völlig ihrer Willkür überliefert. Sie „sozialisieren“ aufs großzügigste für ihren Unternehmerprofit, während sogenannte Arbeitervertreter noch immer über die Berechtigung und Möglichkeit einer „Sozialisierung“, etwa der Kohle, debattieren und sie immer wieder verschoben haben möchten. Die private Vertretung hat inzwischen solche Fortschritte gemacht, daß alle Diskussionen über die Möglichkeit einer Sozialisierung von Produktionsmitteln innerhalb des kapitalistischen Staates noch unsinniger geworden sind, als je zuvor. Heute sind die kapitalistischen Unternehmer untereinander derart verflochten und ihr Unternehmen derart verknüpft, daß es keine Teile mehr zu sozialisieren gibt. Jeder Versuch dazu greift auf das schärfste in die Interessen einer Anzahl anderer Industriegruppen, was zur Folge haben muß, den erbitterten Widerstand der gesamten Unternehmerschaft. Mit anderen Worten: Keine schiedlich-friedlich-parlamentarische Lösung der Frage ist mehr möglich, sondern nur die revolutionäre, deren Träger das Proletariat allein sein kann.

Ein neuer Riesentrust.

Die bekannte Kaffeler Lokomotivfabrik Henschel & Sohn bildet nunmehr nach den vollzogenen Fusionen und Interessengemeinschaften mit dem Essener Bergwerksverein und der Bergbau-Aktiengesellschaft in Dortmund sowie einer Anzahl kleinerer Gruben und Maschinenfabriken den jüngsten deutschen Produktionstrust. Von Kohle und Eisen bis zu den Werkzeugen und Bearbeitungsmaschinen hat die in ihm vereinigte Kapitalgruppe sämtliche Produktionsmittel für ihre Erzeugnisse unter eigener Kontrolle. Henschel & Sohn, die Firmenträger des neuen Unternehmens, sind in eine Gesellschaft m. b. H. umgewandelt worden, die vorläufig über ein Gesellschaftskapital von hundert Millionen Mark verfügt.

Wahlanschuldigung.

Die Mitglieder des Wahlausschusses haben sich Freitag, den 21. Januar, im Bezirksbüro versammelt. Die Bezirksleitung, J. A. Grafowitz

Der italienische Parteitag in Livorno.

Privattelegramm der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung.“

Der Genosse Amadeo Bordiga, Vorsitzender der kommunistischen Fraktion der italienischen Sozialistischen Partei, drängt uns aus Livorno:

Livorno, 15. Januar. Sogleich nach der Eröffnung des Kongresses erhält Genosse Paul Levi das Wort und überbringt die Grüße der deutschen Arbeiter. Als die kommunistischen Delegierten die Anwesenheit der deutschen Rechtssozialisten Dittmann, Rosenfeld und anderer bemerken, verlangen sie unter stürmischen Protestrufen deren Entfernung aus dem Saal. Sennari erklärt namens der Parteileitung, daß lebhaft Mitglieder der Dritten Internationale sprechen werden. Er teilt die Anwesenheit von Vertretern anderer Parteien mit und wird dabei von stürmischen Zwischenrufen unterbrochen, bis er erklärt, es handle sich um bloße Zuhörer, die nicht am Kongreß teilnehmen.

Levi führt in einer glänzenden Ansprache aus, daß die Erfahrungen der deutschen Revolution zeigen, wie die Parteieinheit häufig gegenrevolutionäre Wirkungen haben kann. Er spricht für die Bildung einer starken kommunistischen Partei in Italien, die fähig ist, das Proletariat gegen die Machenschaften der Reformisten zum Triumph, zum Siege der Revolution zu führen. Begeisterte Beifallskundgebungen finden im ganzen Saale statt, namentlich, als der Redner Liebknecht und Rosa Luxemburgs gedenkt.

Neue Zwischenfälle erfolgen bei der Verlesung einer Botschaft des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, in der die Ausschließung der Reformisten aus der Partei verlangt wird, und in der die Politik der Fraktion Serrati abgelehnt wird. Es beginnt darauf die Diskussion über die Gesamtpolitik der Partei.

Die Diskussion.

Genosse Graziadei weist in einer langen, gutdurchdachten Rede die Fälligkeiten und Unterschiebungen der Fraktion Serrati in der Frage der Dritten Internationale und der Haltung der Moskauer Exekutive zurück. Er legt ausführlich den Inhalt der Moskauer Thesen dar und bewies in seinem zweistündigen Referat deren restlose Übereinstimmung mit der marxistischen Lehre. Er schloß mit der scharfen und klaren Forderung der unbedingten Trennung von den Reformisten.

Als die „Einheitskommunisten“ die polemischen Stellen des Referats Graziadeis mit heftigen Zwischenrufen beantworteten, werden sie von den Kommunisten energisch zur Ruhe überwiesen.

Die Nachmittagsitzung.

Livorno, 16. Januar. Nach Wiederaufnahme der Sitzung hielt Genosse Kabatschijeff (Sofia), der offizielle Delegierte des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, ebenfalls von Beifallstürmen begrüßt, eine lange Rede. Er verlangte die Einigung aller revolutionären Machtfaktoren in der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Periode auf Grund der hauptsächlichsten Grundsätze der Dritten Internationale und im Kampf gegen die Opportunisten in jedem Lande. Er kritisierte lebhaft die Haltung der kommunistischen „Einheitsfraktion“ und weist die Anwürfe Serratis gegen die kommunistische Internationale ab. Im Namen der Internationale verlangt er den Ausschluß der Reformisten aus der italienischen Partei und erklärt, daß die, die die Einheit mit den Reformisten vorziehen, die Dritte Internationale verlassen müssen.

Diese Erklärung erweckt großen Beifall bei den Kommunisten, Protestrufe bei der Serratifraktion. Stürmische Szenen spielten sich ab.

Vor der Spaltung.

In der Sonntagsvormittagsitzung spricht der Redner der kommunistischen „Einheitsfraktion“ Baratonio. Seine Ausführungen, die in allen wesentlichen Punkten Zweideutigkeiten und Widersprüche enthalten, rufen heftigste Tumulte hervor. Ein Zwischenfall spielt sich zwischen Serrati und Bordiga ab. Baratonio spricht weiter, die Massen seien noch nicht reif zur Revolution.

Die internationale Arbeitskrise.

Belgien. Die Depression in der belgischen Industrie nimmt geradezu katastrophales Ausmaß an. Die Textil-, Metall- und Glasarbeiter sind von dieser Krise am meisten in Mitleidenschaft gezogen. In der Provinz Ostflandern beträgt die Zahl der Arbeitslosen 45 000, wovon 22 000 auf die Stadt Gent entfallen. Die Fabriken, die nach einem Ausweg suchen, haben die Regierung um Unterstützung ersucht, die jedoch jede Beihilfe verweigert. In Brüssel sind verschiedene Artikel erheblich im Preise gestiegen. In Chateaufort wurden die weißen Arbeiter der Stahlfabrik von Thomas entlassen. Die Bewegung unter der Arbeiterschaft ist so groß, daß man eine Besetzung der Metallfabriken durch die Arbeiter befürchtet. Die Arbeiter der Glasindustrie in Courvelles weigern sich, auf den Vorschlag der Arbeitgeber, den Lohn um 10 Prozent herabsetzen zu lassen, einzugehen. Die Direktionen waren daraufhin gezwungen, die Werkstätten zu schließen.

Spanien. Infolge der Krise hat eine weitere Zahl von Fabriken die Produktion herabgesetzt und feiert einige Tage in der Woche. Die Verhaftungen von Syndikalisten, die man für gefährlich hält, dauern an.

Dänemark. Ein charakteristisches Zeichen der Weltwirtschaftskrise ist die Stilllegung immer größerer Teile der dänischen Handelsflotte. Infolge des Schiffsräumüberflusses, der daraus resultiert, daß das verarmte Europa die gewaltige Produktion Amerikas, Australiens und Afrikas nicht wie einst erwerben und weiter industriell ausnutzen kann, entstand ein heftiger internationaler Frachtenrückgang, der die Frachten auf ein für kleinere Reederien unrentables Niveau gedrückt. So haben viele Reeder Dänemarks ihre Schiffe stillgelegt und das Personal entlassen. Zurzeit liegen 40 Dampfer mit einem Gesamtinhalt von 25 000 T.

Die Richtung Serrati erklärte im Verlauf der Diskussion, die Moskauer Thesen nur anzunehmen, falls über ihre Anwendung die italienische Partei entscheide. Sie lehnte die sofortige Vereinigung mit den Kommunisten und die Trennung von den Reformisten ab. Dadurch ist die Spaltung unvermeidlich geworden. Die Anhänger Serratis erklärten nichtsdestoweniger, den Grundsätzen der Dritten Internationale treu zu bleiben und weder mit der Berner noch mit der Wiener Internationale eine gemeinsame Front zu bilden.

Die Spaltung entschieden.

Livorno, 17. Januar. In der Hauptfraktion des Parteitags haben die Berichterstatter der Fraktionen bereits gesprochen. Morgen erhalten Serrati und die anderen Fraktionsführer ihr Schlußwort. Inzwischen haben die Verhandlungen zur Verhinderung der Spaltung fortgedauert. Die Führung Serratis erklärte, bereit zu sein, „die Forderung der Disziplin gegenüber den Reformisten zu verschärfen“. Diese erklärten beziehungsweise ihrerseits die Moskauer Thesen „im Sinne Serratis“ anzunehmen. Turati selbst erklärt, er unterwerfe sich völlig der Disziplin seiner Fraktion.

Genosse Kabatschijeff erklärt namens des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, er bestreite darauf, daß die Partei die Thesen vorbehaltlos annehme und die Reformisten sofort ausschließe.

Die Spaltung ist nunmehr entschieden.

Die Haltung der Serratianer, der Zentrumsleute, ist ausreichend dadurch gekennzeichnet, daß die ausgesprochenen Reformisten, die Turati und Konsorten, sich solidarisch erklären mit dem Zentrum. Die bedingungslose Trennung von den italienischen Scheidemännern, die Vorbehaltung der Anerkennung der Thesen der kommunistischen Internationale, das war die unerläßliche Bedingung für das Verbleiben derer und Serrati in der kommunistischen Internationale.

Serrati und die Seinen haben es nicht gewollt.

Die kommunistische Partei wird dadurch unzuverlässige Führer verlieren, sie wird an wirklicher Stärke gewinnen.

Die Dritte Internationale an den italienischen Parteitag.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale hat an den italienischen Parteitag einen Aufruf gerichtet, in dem erklärt wird, daß es Sinowjew und Bucharin nicht möglich war, nach Italien zum Parteitag zu kommen. Ebenso hätten Serrati und Baratonio ihre angekündigte Reise nach Moskau nicht gemacht. Deshalb wolle die Exekutive, wie ja mündliche Verhandlungen nicht möglich waren, auf telegraphischem Wege ihre Meinung äußern. Die Exekutive wendet sich wieder scharf gegen die Führer der italienischen „Einheits“-Kommunisten, die — im Namen der „Einheit mit den Reformisten“ — dabei sind, sich von den wirklichen italienischen Kommunisten und von der kommunistischen Internationale zu scheiden. Italien magt zurzeit eine revolutionäre Periode durch. Aus diesem Grunde scheinen die Reformisten und die Zentrumsleute dieses Landes weiter zurück zu stehen, als die der anderen Länder. Tatsächlich wird es aber von Tag zu Tag klarer, daß die von Serrati geführte Fraktion tatsächlich eine Zentrumsgruppe ist. Die Beschlüsse des 2. Weltkongresses der kommunistischen Internationale verpflichten jede Partei, die dieser Internationale angehört, mit den Reformisten zu brechen. Und wer sich weigert, diesen Bruch zu vollziehen, verkehrt einen grundlegenden Beschluß der Internationale und scheidet sich dadurch von der Internationale. Wer die Reformisten in die kommunistische Internationale hineinziehen will, der will tatsächlich den Tod der proletarischen Revolution. Auf jeden Fall wird die kommunistische Partei Italiens geschaffen werden. Nieder der Reformismus! Es lebe die wahre kommunistische Partei Italiens!

Kopenhagen still, gleichfalls 42 Segelschiffe. Die Auflegung verteilt sich gleichmäßig auf alle Reederien, und man sieht weiteren Auflegungen binnen kurzem entgegen.

Polen. Die Weimsfabriken in Wolwega und Westfellingwerf sind infolge Abschleppwierigkeiten stillgelegt, die Arbeiter entlassen worden.

Jugoslawien. Wie „Argus“ meldet, sind im Banat zahlreiche Fabriken geschlossen; der Stillstand weiterer Unternehmungen steht bevor. Der Grund hierfür ist im wesentlichen ein Mangel an Heizmaterial und Rohstoffen zu sehen.

England. Die amtliche Statistik der Arbeitslosen Englands ergab am 31. Dezember: 748 000 gegenüber 663 000 am 24. Dezember. Innerhalb einer einzigen Woche ist also die Zahl der englischen Arbeitslosen, die amtlich gemeldet sind, um 85 000 gestiegen. Dazu kommen noch die Hunderttausende von Arbeitslosen, die in den amtlichen Listen nicht geführt wurden, und die Millionen von Kurzarbeitern. — Im Stahlindustriegebiet von Barrow ist ebenfalls die Arbeitslosigkeit allgemein; die Hochöfen werden ausgeblasen.

Indien. Nach einer Reutermeldung aus Kalkatta sind dort die Studenten in den Aufstand getreten. Sie verlangen die Nationalisierung der höheren Bildungsanstalten und die Errichtung einer nationalen Universität. — Auch die Krawallwagenführer streiken.

„Manchester Guardian“ bringt eine Meldung aus Madras, daß die aufständischen Kleinbauern in den „Bereinigten Provinzen“ Sowjets eingesetzt haben. Die amtlichen englischen Berichte über den Fortgang des Aufstandes sind verwirrend und abfälligerweise unklar. Nur soviel geht daraus hervor, daß die Polizei gegen die Erhebung machtlos ist, und daß die Unruhen sich immer weiter ausbreiten. Günstig wird Mittindien im Aufstandsgebiet zusammengezogen.

Gewerkschaftliches.

Aufruf!

An die Kommunistischen Mitglieder des Internationalen Bundes der Kriegsooper!

Genossen und Genossinnen! Auf Drängen der Opposition hat die Bundesleitung des Internationalen Bundes der Kriegsooper einen Außerordentlichen Bundestag Ostern 1921 nach Magdeburg einberufen.

Die Bundesleitung versucht nun, durch eigenmächtige, ohne Zustimmung der Gaue festgelegte Bestimmungen, sich eine künstliche Majorität zu verschaffen, um die von ihr gewünschte Spaltung durchzuführen. Sie will jeder Ortsgruppe, gleichgültig, ob sie zehn oder dreitausend Mitglieder zählt,

nur einen Delegierten

zubilligen, der überdies nur dann zugelassen werden soll, wenn die Beiträge reiflos bis 1. März bezahlt sind. Ferner sollen die Delegiertenadressen der Bundesleitung vier Wochen vorher zur Befähigung und Ausstellung der Delegiertenkarten vorliegen. Sie macht sich also das Recht einer Mandatsprüfungskommission an, das allein dem Bundestage zusteht.

Zu diesen Annahmen fehlt der Bundesleitung jeder Schein des Rechts. Nicht ein Viertelbündel Bundesbeamter sondern Ture Gauvertreter haben auf der

Gauvertreter-Konferenz am 5. Februar in Berlin

Geschäftsordnung und Tagesordnung des Bundestages vorzuschlagen und ihr selbst hat dann auf dem Bundestage das Recht, diese Vorschläge anzunehmen oder abzulehnen.

Genossen und Genossinnen! Laßt Euch durch die Rundschreiben der Bundesleitung, die darauf berechnet sind, einen Konfliktstoff zu schaffen der zur Spaltung führt, nicht irren machen.

Der Plan der Bundesleitung, die soeben auch von der Zentrale der K. A. P. eine offizielle Abfrage bekommen hat, geht dahin, die Kommunistischen Elemente in Magdeburg auszuschließen, um dann „ungeführt“ im alten pazifistisch-konterrevolutionären Jahrgang der Phrasen weiterzuschwimmen. Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Nicht Spaltung, nicht der Anschluß an eine bestimmte politische Partei, sondern die Gewinnung eines klaren kommunistischen Programmes muß das Ergebnis des Bundestages sein.

Mit revolutionärem Gruß

Zentrale der Kommunistischen Fraktion der Kriegsooper
Berlin C 25, Münzstraße 24, 3.

Provinz.

Verhaftung Waldenburger Orgesch-Führer.

Die Pressestelle Schlesien, beim Oberpräsidium, teilt uns mit, daß bereits einige Orgesch-Führer verhaftet seien, weiter gegen den Orgesch-General, Leutnant Müller ein Haftbefehl erlassen worden ist.

Daß die Staatsanwaltschaft gezwungen ist, gegen die Orgesch etwas zu unternehmen, ist sehr verständlich. Gilt es doch die Arbeiterschaft zu beruhigen. Wie es aber mit der Bestrafung werden wird, scheint uns noch eine Frage. Denn der Herr Staatsanwalt würde sich, sobald er versuchte, die Orgeschbanditen tatsächlich so unschädlich zu machen, daß diese Gefellen der Arbeiterschaft nicht mehr gefährlich werden könnten, selbst unmöglich machen. Die Lehren des Rapp-Batiches beweisen dieses. Darum Arbeiter laßt euch nicht täuschen. Nur eure eigene Kraft, euer Selbstschutz kann euch schützen. Ihr müßt immer wieder fordern: „Wiblung von proletarischen Selbstschutzorganisationen nach dem Bielefelder System.“

In der Belegschaftsversammlung der Gläd-Hilf- und Friedenshoffnung-Grube betrug am Abend die Sammlung 200 Mark. Den Gebern herzlichen Dank.

Bezirksleitung S. A. P. D. Waldenburg.

Arbeiter!

Meidet den Alkohol!

Poliales.

Breslau, den 20. Jan. 1921.

Der Breslauer Verein „Recht und Wirtschaft“ zur Sozialisierung des Bergbaues.

Herr Bergmeister Dr. Flegel, Privatdozent an der Technischen Hochschule beschäftigte sich in einem Vortrag mit der Sozialisierung des Bergbaues. Er befürchtet, daß durch diese den Kohlenbaronen der Wagemut und die Initiative des Privatunternehmens verloren geht, sowie die von den Hilferingelanten geplante Entschädigungssumme, der Staat nicht in der Lage sein wird, den Unternehmern zu zahlen. Glaubt aber, daß den Bergleuten durch Kleinaktien genau so gut, das Recht der Gewinnbeteiligung gegeben wird, als durch Sozialisierung. Leider macht Herr Dr. Flegel damit eine Rechnung ohne den Wirt. Den Bergarbeitern fällt es gar nicht ein, die Sozialisierung einer Gewinnbeteiligung halber zu fordern, sondern weil es für sie eine Lebensfrage ist, die nur gelöst werden kann, nachdem die wahnsinnige kapitalistische Produktivwirtschaft, (die Herr Dr. Flegel Wagemut und Initiative des Privatunternehmens nennt) beseitigt sein wird und die sozialistische Bedarfswirtschaft verwirklicht wird durch die Betriebsräte der Bergarbeiter mit Unterstützung ihrer Organisationen.

Achtung! Erwerbslose. Achtung!

Morgen, Freitag vorm. 9 Uhr, im Schieferwerder, große Arbeitslosenversammlung. Wichtige Tagesordnung. Die Stadtverordneten laden wir hiermit besonders ein und sind Plätze reserviert. Erscheint in Massen! Keiner darf fehlen! Der Arbeitslosenrat.

Achtung! Mitglieder-Versammlung. Achtung!

Freitag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im kleinen Saale „Deutscher Kaiser“, findet die Mitglieder-Versammlung statt. Thema: Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf. Referent: Genosse Lubinski. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Der Aktions-Ausschuß, J. A. Nowak.

An die Ortsgruppen des Agitationsbezirkes Breslau.

Sonntag, den 23. Januar 1921, vorm. 9 Uhr, findet in Breslau im Parteibüro, Nikolaistraße 49/50 eine Agitationsbeiratskonferenz statt. Sämtliche Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Die Agitationsbezirksleitung, J. A. Wilms.

Der Bekleidungs-Arbeiter-Verband, Filiale

Breslau und der offene Brief der S. A. P. D.

Am Montag, den 17. Januar, fand im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der hiesigen Filiale des Bekleidungs-Arbeiter-Verbandes statt. Auf der Tagesordnung standen vier Punkte, von denen der Tätigkeitsbericht sowie Neuwahl der Ortsgruppenleitung die wichtigsten waren. Unsere Kollegen stellten den Antrag, die Frage des offenen Briefes ebenfalls auf die Tagesordnung zu setzen, was aber nach Begründung durch den 2. Vorsitzenden Langer mit 133 gegen 85 Stimmen abgelehnt wurde. Für welchen Mittel die Gewerkschaftsbürokratie sich um den offenen Brief herumdrückt, hat der Herr Langer zur Genüge bewiesen. Ihm schien seine Neuwahl viel wichtiger, als die Bildung einer einzigen Kampffront gegen den Hunger und die zunehmende Arbeitslosigkeit. Aber auch die Bekleidungsarbeiter werden zur Erkenntnis kommen. Sie dürfen nicht eher ruhen, bis daß ihre Verbandsleitung ihnen über die Frage des offenen Briefes klaren Licht einstrahlt.

Achtung! Kassierer. Achtung!

Ab 1. Januar 1921 beträgt das Eintrittsgeld für männliche und weibliche Mitglieder je 1.50. An Mitgliederbeiträgen sind ab 1. Januar 1921 zu erheben:

1. für arbeitende männliche Mitglieder wöchentlich 70 Pfennige.
2. für arbeitende weibliche Mitglieder wöchentlich 40 Pfennige.
3. für arbeitslose männliche Mitglieder wöchentlich 50 Pfennige.
4. für arbeitslose weibliche Mitglieder wöchentlich 30 Pfennige.

Die Abrechnungen für Januar und Februar 1921 der Hauptkassierer der Filiale mit dem Ortskassierer hat spätestens bis 5. März d. J. zu erfolgen. Für spätere Monate ist stets am 5. des folgenden Monats abzurechnen. Die Beitragsmarken, die in kurzer Zeit zur Ausgabe gelangen, sind von den Ortskassierern vor der Ausgabe an die Unterassistenten durch einen Beleg zu empfangen. Aus die Mitgliederbewegung über Ab- und Zugang, der von 1 bis 4 bezüglichen Genossen, ist bei

der Abrechnung dem Ortskassierer genau anzugeben. Sämtliche eingezogene Geldbeträge (auschl. Wahlfonds) sind sofort nur an den Ortskassierer abzuführen.

Genossen und Genossinnen!

Die ungarischen Genossen hungern und frieren in den Gefängnissen der Poethybanden. Ohne Nahrung und Kleidung sind sie der Willkür dieser Genferstriche ausgesetzt. Täglich fordern der Tod seine Opfer unter ihnen.

Genossen!

Wollt ihr untätig zusehen, wie unsere ungarischen Freunde, Männer, Frauen und Kinder, die noch nicht zu Tode gemartert sind, um dem Hunger und der Kälte erliegen? Müht ihr die vor euren revolutionären Gewissen verantworten? Nein und nochmals nein! Die kommunistische Jugendinternationale veranstaltet daher in der ganzen Welt eine Disfaktion für unsere ungarischen Genossen. Beteiligt euch daher auch in Schlesien zahlreich und schnell an den Sammlungen von Geld, Kleidern usw. Jede verjämte Minute kann den Tod eines Genossen herbeiführen!

Die Bezirksjammelleitung für Schlesien befindet sich: Breslau, Nikolaistraße 49/50 1, geöffnet jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 5 bis 7 Uhr.

Neber die Sammlungen wird in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ quittiert.

Kommunist. Jugend, Schlesiens. Bezirksleitung, Abtlg. Ungarnhilfe.

Zur Wohnungsfrage.

Berantlast durch die bekannten Klagen über die Zustände im Wohnungskommissariat, beschloß die städt. Wohnungskommission, aus ihrer Mitte einen dreigliedrigen Unterausschuß zu bilden, dem es obliegen soll, den Wohnungskommissar in seiner Arbeit zu unterstützen, die eingelassenen Beschwerden zu prüfen und die Tätigkeit der einzelnen Nebenstellen des Wohnungsamtes zu überwachen. — Die städtische Wohnungskommission hat ein Kind geboren. Es heißt dreigliedriger Unterausschuß. Und das Kind soll auch gleich arbeiten. Es soll „prüfen“ und „überwachen“. Ob dadurch die Obdachlosen Wohnung bekommen?

Ämtliche Bekanntmachungen.

Um der Bevölkerung den Einkauf von verhältnismäßig billigen Fleische zu ermöglichen, sollen die Bestände der Stadt in nächster Zeit durch hiesige Fleischermeister zur Ausgabe kommen. Ladensleische, die bereit sind, lediglich das von der Stadt zugewiesene Fleisch zu verkaufen, wollen sich im Fleischerjünglingsamt, Frankfurtstraße 102/8, Schlachthof, binnen 8 Tagen melden.

Zeitweise Erhöhung der Straßenbahn-Gebühren.

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Stadtverordneten-Versammlung beschloß der Magistrat, folgende Veränderungen der Straßenbahngeldern einzutreten zu lassen: Den Preis für einen Umsteigefahrtsticket innerhalb des städtischen Reichsbildes auf 70 Pfg., über die Zahlgrenze hinaus auf 1 Mk. zu erhöhen und ferner für die Zeit nach 9 Uhr abends die Fahrpreise auf 70 Pfg. und 1 Mk. hinaufzusetzen, wobei die Umsteigeberechtigung und die Gültigkeit der Lichtertarten in Fortfall kommt. Zur übrigen bleiben die Preise für eine einfache Wochentagsfahr (50 Pfg.) und für Lichtertarten (3.50 Mk.) unverändert bestehen.

Quittung.

Für Brieffonds Breslau Stadt gingen ein: Liste 12, 5 Wit. Liste 4, 9 Mk. Die umlaufenden Listen sind abzurechnen.

H. B. E. R. I. C. H.

Letzte Telegramme.

Vor einem Eisenbahnerstreik in Polen.

(Privattelegramm der „Roten Fahne“.)

Warschau, 19. Januar. In Warschau fand ein Kongreß der Funktionäre des Eisenbahnerverbandes statt, der nach einer stürmischen Debatte, wobei die sofortige Proklamierung des Streiks verlangt wurde, eine Entschließung annahm, die dem Verbandsvorstand empfiehlt, die Kampfmittel zu finden, um die nach dem Oktoberstreik bewilligten, aber noch nicht durchgeführten 13 Punkte zu verwirklichen. Der Kongreß empfiehlt zu diesem Zweck den Delegierten, Vollversammlungen einzuberufen und vor dem 1. Februar die Resultate der Abstimmung über den Streik einzureichen. Der Kongreß empfiehlt dem Verbandsvorstand, in Verbindung mit der Zentralkommission der Gewerkschaften und je nach dem Abstimmungsergebnis über den Streik zu entscheiden.

England vor einem Eisenbahnerstreik.

(D.N.) London, 19. Januar. Wie der „Daily Herald“ meldet, hat der Volkungsausschuß der englischen Eisenbahnervereinigung infolge der Drohung der Eisenbahngesellschaften, falls die Reduzierung der Löhne bei den Eisenbahnern auf Widerstand stößt, das Personal zu entlassen, seinerseits den Generalstreik angekündigt. Am 18. Januar wird eine Urabstimmung über den Streik stattfinden.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neubert; für Inserate: Liebmann & Koenig.

Druck: Buchdruckerei Pöffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadtheater.
Donnerstag 7 Uhr:
Eosca.
Freitag 7 Uhr:
Zigares Hochzeit.
Jobst-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Chalis-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Wildente.
Schauspielhaus.
Donnerstag, 11. 9. 2545
Donnerstag, Sonnabend,
Sonntag, Dienstag 7 1/2 Uhr:
Der letzte Kaiser.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Gipskassette.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Trauer Hermesta.
Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des
Januar-Programms.

Altimetalle
Jakisch, Neumarkt 26.
Wunderrolle
Apptge
Büste
wird erzeugt durch meine altbewährten
Büstenpräparate
zu Mk. 7.— und Mk. 9.—
beid. zusammen Mk. 16.—
Ferner empfehle bei
Periodenstörung
u. Unregelmäßigkeiten
meine altbew. Präpar. Viele
freiwill. Dankschreib. Preis
Mk. 13.— und Mk. 19.—
Katalog 60 Pf. in Marken.
Fr. Barthel Breslau 7712

Großer Inventur-Ausverkauf
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Kaufhaus H. Russ
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren
Friedrich-Wilhelm-Str. 92
Meine Schaufenster sagen Ihnen alles!

Prima amerikanisches Schweineschmalz
die führende Marke
verkaufe ich von Montag früh
9 Uhr ab per Pfund 15.— Mk.
Margarine erstklassige Ware
in Würfeln zu 500 Gramm
nur 12.— Mk. das Pfund.
Versandbedingungen: Bei 9 Pfd. Kosten-
lose Verpackung. — Zahlungsbedingung:
Zusendung unter Nachnahme.
Verkauf und Versand nur
Albrechtstraße 56
Max Schönfelder
Inserate haben in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ größten Erfolg.

HAARNISSE
Kopfungziefer — Brut — Kopf-Nisse
entfernt garantiert in 2 Stunden restlos
NISSKA D.R.G.M. Der Wunderkamm
708 205
Verlangen Sie kostenlos Aufklärungsschrift
in Drogerien und einschlägigen Ge-
schäften oder vom Allein-Hersteller
FR. B. MÜCKENHAUPT
NÜRNBERG B. 4.
Neu Der Neu
neue zusammenlegbare Handwa
Viktoria,
sämtliche
Eisenwaren, Haus- u. Küchengerät
billigst bei
Alfred Wolf
Alsenstr. 50 Ecke Leuthenst